



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Mindestbevorratung für Gas einführen – Versorgungssicherheit gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Gesetz zur staatlichen Bevorratung von (Erd-)Gasreserven einzusetzen. Ähnlich wie das schon bestehende Erdölbevorratungsgesetz soll es sicherstellen, dass zu jeder Zeit eine Mindestreserve von 90 Tagesverbräuchen an (Erd-)Gas in Deutschland vorrätig ist. Somit wäre Deutschland vor internationalen Schwankungen in der Gasversorgung besser geschützt. Zusätzlich kann vor dem Hintergrund des geplanten Baus neuer Gaskraftwerke der Bundesregierung eine Mindestbevorratung die Versorgungssicherheit im Zuge der Energiewende sicherstellen.

Begründung:

Die aktuelle Krise um die steigenden Gaspreise zeigt die Verletzlichkeit der europäischen und deutschen Energieversorgung. Seit August 2021 steigen die Gaspreise in zuvor unbekannte Höhen. Dies schlägt sich nicht nur auf die Heizkosten der Verbraucherinnen und Verbraucher nieder. Da Gaskraftwerke am Strommarkt oftmals preissetzend sind, haben sich auch die Strompreise deutlich erhöht.

Eine Auswirkung der Krise des Gasmarkts sind die geringen Füllstände deutscher Gasspeicher. Zum aktuellen Zeitpunkt (Stand: 23.01.2022) sind die Gasspeicher in Deutschland im Schnitt nur zu 41 Prozent gefüllt. Ein harter Wintereinbruch in den nächsten Monaten könnte die Gasversorgung Deutschlands an den Rand ihrer Kapazitäten bringen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate zeigen, dass eine Bevorratung durch die einzelnen Gasgesellschaften die Gasversorgung in Deutschland im Notfall nicht sicherstellen könnte. Daher sollten durch die Bundesregierung Vorräte angelegt werden, die über die saisonalen Bestände der Unternehmen hinaus vorgehalten werden. Ansonsten könnte auch zukünftig in Zeiten von Lieferschwierigkeiten aus dem Ausland die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet sein.

Ein Gesetz zur Mindestbevorratung von (Erd-)Gas kann der Bundesrepublik hier mehr Sicherheit bieten.